

# Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF)





**DIDF**

Genovevastraße 8  
51065 Köln

Tel: 0221-9255493  
Fax: 0221-9255495

[www.didf.de](http://www.didf.de)  
[info@didf.de](mailto:info@didf.de)

18 Juni 2011



## Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DİDF)

Die Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DİDF) wurde am 05. Dezember 1980 auf einer bundesweiten Konferenz von Arbeiter- und Jugendvereinen gegründet. Heute, sind der Föderation 35 Mitgliedervereine aus nahezu allen Großstädten angeschlossen.

DİDF setzt sich gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Spaltung von Menschen unterschiedlicher Herkunft ein. Mit ihrem politischen Grundsatz "Gemeinsam sind wir stark" setzt sich DİDF seit ihrer Gründung für ein gleichberechtigtes, menschenwürdiges und solidarisches Zusammenleben von Arbeitern, Jugendlichen und Frauen mit und ohne Migrationshintergrund ein.

Die Gastarbeitermigration währt nun schon mehr als fünfzig Jahre. Die Zuwanderung der ersten Generation der Einwanderer in den 60er und 70er Jahren liess nicht nur die Betroffenen eine ungeahnte Entwicklung erleben. Die anfänglichen Rückkehrabsichten der ersten Zuwanderer verloren sich größtenteils im Zuge verlängerter Aufenthalte und wichen schließlich endgültigen Bleibeabsichten.

Die Ära der sog. "Gastarbeiter", "Ausländer" oder "Auslandstürken" ist heute längst vorbei. Türkeistämmige MigrantInnen sind im Zuge ihrer 50jährigen Migration zu einem festen Bestandteil der Gesellschaft in Deutschland geworden. Ihre Integration ist in erster Linie eine soziale Frage und muss in gesellschaftspolitischen Zusammenhängen betrachtet und verstanden werden. Integration ist somit gleichzeitig der Kampf um gleiche Rechte, menschenwürdige Arbeit, kostenfreie Bildung und Gleichberechtigung in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens.

Die DIDF versteht sich als Teil der sozialen und demokratischen Bewegung in Deutschland. Sie versucht türkeistämmige MigrantInnen in die gemeinsamen Kämpfe mit den Gewerkschaften, der Anti-AKW-, Friedens- und sozialen Bewegungen, gegen Arbeitslosigkeit, Sozial- und Demokratieabbau, Privatisierungen im Gesundheits- und Bildungssystem, Kriege, Bundeweheinsätze im Ausland etc. einzubinden.

Gemeinsam leben- Gemeinsam verändern - aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass sie sich in Gewerkschaften, Schülervertretungen, Studierendenparlamenten, demokratischen Verbänden und Initiativen engagieren.

Wir setzen uns dagegen ein, dass soziale Benachteiligungen und Probleme von MigrantInnen ethnisiert bzw. kulturalisiert werden. Auch widersetzen wir uns gegen jeglichen Versuchen, MigrantInnen auf ihre religiöse oder ethnische Herkunft zu reduzieren. Diese Zuschreibungen öffnet Raum für rassistische Debatten und dient lediglich der Spaltung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft.

DIDF macht sich daher dafür stark, auf Grundlage gemeinsamer Forderungen, die Freundschaft und Solidarität zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft zu stärken.

**Denn nur: Gemeinsam sind wir stark!**



## **30 Jahre DIDF**

Seit ihrer Gründung im Jahr 1980 legt die DIDF ihren Blick auf die gemeinsamen Interessen und Forderungen von Arbeitern, Jugendlichen und Frauen. Sie stützt sich dabei auf das Ehrenamt und auf die Freiwilligkeit ihrer Mitglieder. Der Bundesvorstand wird auf Bundeskongressen von Delegierten der Mitgliedsvereine für zwei Jahre gewählt.

Zu den Hauptaktivitäten der DIDF-Mitgliedsvereine gehört die Aufklärungsarbeit, mit dem Ziel, die sozialen und kulturellen Kompetenzen von Menschen türkeistämmiger Herkunft auszubauen und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu stärken.

Zum Ausbau des gegenseitigen Verständnisses von Deutschen und MigrantInnen, führt die Föderation eine Reihe von Informations- und Kulturveranstaltungen durch, wie Film- und Literaturtage, Konzerte, Festivals, Podiumsdiskussionen etc.

Die Jugendarbeit bildet einen besonderen Schwerpunkt. Die Föde-

ration unterstützt in allen Ebenen die Jugendlichen bei ihren Initiativen, Aktivitäten und Kampagnen. In den lokalen Ortsgruppen der DIDF-Jugend engagieren sich junge Arbeiter und Arbeitslose, Auszubildende, Schüler und Studierende, die mit gewerkschaftlichen Jugendverbänden und anderen demokratischen Organisationen eng zusammenarbeiten.



## **DIDF und türkische Migrantenselbstorganisationen**

Die türkischen Migrantinnen und Migranten gründeten ihre Organisationen in Deutschland hauptsächlich ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Zunächst handelte es sich hauptsächlich um lokale Vereine, die unter dem Einfluß von politischen Parteien und Gruppierungen in der Türkei standen. Diese Vereine stellten die ethnische Herkunft oder die Religionszugehörigkeit in den Vordergrund.

Probleme und Fragen, die aus den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland resultierten, standen nicht in ihrem Blickfeld. Die sich allmählich unter den MigrantInnen verbreitende Tendenz, sich in Deutschland niederzulassen wurde nicht erkannt. Ihr Leben in der neuen Heimat "Deutschland", ihre Probleme und Interessen wurden nicht beachtet. Die herkunftsorientierte Ausrichtung der Verbandsarbeit blieb für lange Zeit aufrecht.

Es brauchte einen langwierigen Prozess der Anpassung der Verbandsarbeit an die Belange der konkreten Themen der in Deutschland lebenden MigrantInnen. Es brauchte Zeit, bis ein Teil von ihnen ihre Arbeit auf das gemeinsame Handeln von Deutschen und MigrantInnen nach gleichen Rechten konzentrierte. Zu ihnen zählt unsere Föderation. Sie gehörte zu den ersten Organisationen, die auf die veränderten Entwicklungen im Leben der MigrantInnen reagierte und ihre Arbeit entsprechend gestaltete. Im Gegensatz zu anderen türkischen Migrantenverbänden, hat DIDF stets die Nähe zu Gewerkschaften, Sozialverbänden und Akteuren der sozialen Bewegung in Deutschland gesucht und sich hier auch verankern können.

DIDF setzt sich heute einerseits gegen die diskriminierende und um ökonomische Nützlichkeitslogik bestimmte Migrations- und Integrationspolitik der bisherigen Bundesregierungen ein, zweitens wehrt sie sich gegen die Einflusspolitik der türkischen Regierungen auf die in Deutschland lebenden MigrantInnen.

## **Gleiche Rechte für alle!**

Die Migration aus der Türkei wird dieses Jahr 50 Jahre alt. Noch heute sind MigrantInnen von einer sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung weit entfernt. Mit der Unterzeichnung des Anwerbeabkommens mit der Türkei wurde der Grundstein für Lohnkonkurrenz, Lohndrückerei und Ausgrenzung gelegt. Daran hat sich auch heute nichts geändert. Auch heute werden Millionen von Menschen grundlegende demokratische Rechte, wie das Wahlrecht, verwehrt. Die Diskriminierung in der Arbeitswelt, in der Bildung und im gesellschaftlichen Leben besteht weiterhin fort.

Die Ausblendung der sozialen Ursachen als Instrument zur Täuschung der ungleichen gesellschaftlichen Verhältnisse (Armut, Arbeitslosigkeit, Lohndumping, Streichung von sozialen Rechten etc.) und deren Instrumentalisierung für rassistische Debatten erfolgen in erster Linie zulasten der Beschäftigten.

Das Schüren von gegenseitigen Vorurteilen, der Versuch, den Rassismus innerhalb der Gesellschaft wieder salonfähig zu machen, dient lediglich dem Zweck, den Zusammenhalt von Deutschen und Migranten zu brechen und von den eigentlichen Verantwortlichen

von Armut, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Lohndumping etc. abzulenken.

Die DIDF fordert deshalb:

- Erleichterte Einbürgerung für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, Abschaffung aller Einbürgerungshürden, wie die Einbürgerungstests, die langen Wartezeiten und die hohen Gebühren!
- Wahlrecht für alle!
- Abschaffung aller diskriminierenden Regelungen und Gesetze!
- Ausbau von Deutschkursen bzw. ähnlichen Angeboten!
- Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von MigrantInnen!



## **Förderung des Integrationsprozesses!**

Integration ist in erster Linie ein Prozess, der die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen ungeachtet ihrer Herkunft in der Gesellschaft umfasst. Dafür braucht es vor allem rechtliche, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Floskel vieler Politiker von der "gescheiterten Integration und der fehlenden Integrationsbereitschaft und -willigkeit besonders der türkischen (muslimischen) Migranten" verschleiert die vielen erfolgreichen und gelungenen Beispiele des Zusammenlebens.



Integration darf nicht ausschließlich zu einer Frage des Erwerbs der deutschen Sprache reduziert werden. Auch kann sie nicht durch etwaige Sanktionen "herbeigeführt" werden. Dieser Ansatz von Integrationspolitik bestärkt gerade bei der jungen Generation der MigrantInnen das Gefühl des "Nicht-Willkommen-Sein" und fördert etwaige Rückzugstendenzen.

Es ist jedoch festzuhalten, dass in den vergangenen Jahrzehnten - trotz der deutschen Desintegrationspolitik einerseits, und die auf Abschottung und Abgrenzung fokussierte türkischen Regierungspolitik andererseits, viele Beispiele gelungener Integration erzielt werden konnten. Die Zahl der hier aufgewachsenen MigrantInnen, die die deutsche Sprache beherrschen ist hoch und fast 1 Million türkische Migranten haben inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit. In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wie Kunst, Sport und Politik, trifft man auf immer mehr türkische Migranten. Auch die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Migranten und Deutschen sind heute stärker als vor einem Jahrzehnt.

Und dennoch: MigrantInnen machen Schlagzeilen, wenn es um die "innere Sicherheit" geht und werden als Wahlkampfthema missbraucht. Einzelne Taten werden verallgemeinert, nichts wird ausgelassen. Die ethnische Herkunft und religiöse Zugehörigkeit wird als das "Problem" dargestellt, türkeistämmige Jugendliche werden als "problematische, integrationsunwillige, gewaltbereite" Gruppe beschrieben.

Das dadurch geschaffene gesellschaftliche Klima hat auch bestimmte Kreise von Migrantenorganisationen, die sich auf ethnische und glaubensgebundene Unterschiede berufen und hierauf ihre Politik betreiben, gestärkt, die nun die "Gunst der Stunde" für sich zu nutzen versuchen. Soziale Probleme, mit denen Migranten konfrontiert sind, werden auf nationalistische oder religiöse Ursachen zurückgeführt. "Weil wir Türken oder Muslimen sind, werden wir entlassen/werden wir ausgegrenzt/sind wir arm usw.", so die zentrale Botschaft dieser Kreise. Sie schüren Vorurteile zwischen Deutschen und Migranten, sind ein ernst zu nehmendes Hindernis für die Annäherung und den Zusammenhalt von Arbeitern und Beschäftigten unterschiedlicher Herkunft.

Trotz all der politischen Einflüsse auf den Integrationsprozess ist eines gewiss: Der Prozess des Zusammenlebens, der Annäherung und der Solidarität wird sich durchsetzen, so wie er es

in den letzten 50 Jahren tat – mit all seinen alten, gegenwärtigen und zukünftigen Konflikten, die es zu überwinden gilt. Die kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen inmitten dieses Prozesses werden ihre Zeit brauchen. Wenn wir auf die letzten 50 Jahre zurückblicken, die für einen solchen Prozess keinen langen Zeitraum darstellen, machen die erzielten Fortschritte Mut und Hoffnung.



## Gegen Arbeitslosigkeit und Armut, Auskommen für alle!

Dem vor 50 Jahren unterzeichneten Anwerbeabkommen mit der Türkei lag der Bedarf an billigen Arbeitskräften zugrunde. Auch heute sind Menschen mit türkischem Migrationshintergrund zum Großteil Arbeiter und Werk­tätige. Sie sind von der Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik stark betroffen. Prekäre Beschäftigung, niedrige Löhne, Untergrabung von Tarifverträgen, Arbeitszeitregelungen, Erhöhung des Rentenalters, Privatisierungen, Einschnitte im öffentlichen Dienst und der Sozialabbau treffen sie genauso hart wie ihre deutschen Kollegen. Ein Großteil von ihnen ist im Niedriglohnsektor, in ungesicherten Arbeitsverhältnissen oder als Leiharbeiter beschäftigt.

Die Arbeitslosenrate ist bei Migranten doppelt so hoch. Die

Armutsquote beträgt bei türkischen Migranten 35 Prozent. Dies kann nicht nur mit fehlender Qualifikation oder Sprachkenntnissen erklärt werden. Denn von den prekären Arbeitsverhältnissen sind "einheimische" genauso betroffen. In einem der reichsten Länder der Welt wie der Bundesrepublik arbeiten über sieben Millionen Arbeiter (das entspricht einem Fünftel aller Beschäftigten) für einen Stundenlohn unter 7,50 Euro. Millionen von Menschen sind als so genannte Aufstocker auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen, obwohl sie in einem geregelten Arbeitsverhältnis stehen. Infolge der Arbeitsmarktreformen steigt die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor und der Geringverdiener.

Wir als DIDF setzen uns entschieden gegen eine Arbeitsmarktpolitik ein, die die Unternehmer reicher macht und Beschäftigte in die Armut treibt. Deshalb engagieren wir uns mit den Gewerkschaften zusammen gegen die Prekariisierung. Wir unterstützen die Forderungen und Aktionen der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Mit unserer Aufklärungsarbeit versuchen wir beizutragen, dass türkische Migranten an den Arbeitskämpfen und sozialen Protesten teilnehmen. Wir machen uns dafür stark, dass sie in die Gewerkschaften eintreten und an betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen teilnehmen.



### Die DIDF und ihre Mitgliedsvereine fordern daher:

- Arbeitszeitverkürzung auf 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!
- Verbot der Leiharbeit! Sichere Beschäftigungsverhältnisse für alle!
- 10 Euro Mindestlohn!
- Keine Rente mit 67!
- Weg mit den Hartz-Gesetzen!
- Stopp der Privatisierung! Rekommunalisierung öffentlicher Betriebe!
- Weg mit der Gesundheitsreform! Kostenlose Gesundheitsdienste für alle!
- Ausbildungsplätze und Recht auf Übernahme für Jugendliche!
- Reichensteuer für ein gerechtes Steuersystem!



## **Nein zum selektiven-ungleichen Schulsystem – eine Schule für alle!**

In Deutschland haben wir ein selektives Bildungssystem, bei dem der Bildungserfolg der Schüler vom sozialen Status der Eltern abhängt. Da die Migranten mehrheitlich aus sozial schwachen Verhältnissen kommen, sind ihre Kinder besonders hart von diesem selektiven System betroffen.

Die Studien belegen aber, dass nicht nur Migrantenkinder, sondern auch Kinder aus so genannten "bildungsfernen Schichten" von den Ungerechtigkeiten betroffen sind, die das System produ-

ziert. Die Chance von Akademikerkindern auf Hochschulreife ist viermal größer als die von Arbeiterkindern.

Nach Ansicht der DIDF ist die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, das an Selektion ausgerichtet ist, unumgänglich. Wir unterstützen die Lehrer-gewerkschaft GEW bei ihren Bemühungen, die für mehr Chancengleichheit die Abkehr von diesem Schulsystem fordert. Wir schließen uns der Forderung "Eine Schule für alle!" an. Unseres Erachtens bietet sie die Voraussetzungen dafür, dass alle Schüler unabhängig von ihrer Herkunft und vom sozialen Status ihrer Eltern die gleichen Bildungserfolge haben. Deshalb unterstützt DIDF diesen Kampf der Lehrer-, Schüler und Elternverbände und deren Forderungen nach "mehr Geld für Bildung", "kleinere Klassen für besseres Lernen" sowie, "mehr Lehrer an Schulen".

### **Bessere Spracherwerbsmöglichkeiten für Migrantenkinder!**

Jahrelang ließen Bundesregierungen die Probleme der Migrantenkinder unberücksichtigt und kümmerten sich nicht um Lösungen. Auch hier geborene Migrantenkinder waren für sie "Gastarbeiterkinder" und wurden ihrem Schicksal überlassen. Sie wurden im gleichen Atemzug mit Kriminalität und Arbeitslosigkeit genannt. Soziale Aspekte blieben unberücksichtigt.

Ein weiterer Grund für den niedrigen Bildungserfolg der Migrantenkinder liegt in den unzureichenden Sprachkenntnissen. Auch wenn wir uns denjenigen nicht anschließen, die darin die einzige Ursache bestehender Probleme sehen, ist dieser Aspekt nicht ganz von der Hand zu weisen. Nicht "nicht lernen wollen", sondern "nicht lernen können" beschreibt die wesentliche Ursache für diese Situation. Es fehlen weiterhin konkrete sprachliche Förderangebote ab dem Kindergartenalter, die dringend ausgebaut werden müssen.

### **Ausweitung des sprachlichen Wahlangebots in Schulen!**

Eine Reihe von Migrantenselbstorganisationen und türkische Regierungsvertreter legen die Bildungssituation von Migrantenkinder ausschließlich als eine Frage der Muttersprache aus. Aus Sicht der DIDF greift dieser Ansatz zu kurz und läuft Gefahr die wesentlichen strukturellen Ursachen in der Bildungsbenachteiligung zu verkennen. Zudem ist der heute an Schulen angebotene Unterricht zum Erlernen der „Muttersprache“ nicht zielführend. Die Lehrer, die diesen Unterricht erteilen bringen mehrheitlich nicht die erforderlichen Pädagogikkenntnisse mit. Deshalb muss er umgestaltet werden.

DIDF unterstützt die Forderung nach einer frühzeitigen Vermittlung der deutschen Sprache und die Erweiterung des Angebots an sprachlichen Wahlfächern, einschließlich der zutreffenden Muttersprachen wie türkisch oder kurdisch, die für alle SchülerInnen zugänglich sind. Damit fördert man bei Kindern und Jugendlichen das Interesse und die Motivation an der Erlernung anderer Sprachen.

## **Ethik- und Religionskunde statt Religionsunterricht!**

DIDF setzt sich grundsätzlich gegen staatlichen oder privaten Religionsunterricht und religiöse Symbole an Schulen ein. Denn Bildung muss demokratisch, laizistisch und säkular sein. Religion ist und muss Privatsache bleiben. Niemand darf wegen seines Glaubens ausgegrenzt werden. Der Staat hat zu allen Religionen den gleichen Abstand zu pflegen. Auch Religionsgemeinschaften und -anstalten dürfen sich unseres Erachtens nicht in das Bildungssystem einmischen. In einem demokratischen Bildungssystem ist die "religiöse Erziehung" nicht die Aufgabe von Schulen. Deshalb fordern wir die Einführung eines gemeinsamen Fachs "Ethik- und Religionskunde", in dem das Wissen über alle Weltreligionen vermittelt wird.



## **Verbot aller rassistisch-faschistischer Organisationen und ihrer Propaganda!**

In Deutschland sind derzeit rund 200 rassistisch-faschistische Organisationen aktiv. In letzter Zeit sehen wir in vielen europäischen Ländern, wie sie in Parlamente einziehen und gar sich an Regierungen beteiligen. Ihre rassistischen Übergriffe nehmen in letzter Zeit zu. Auch wenn sie in erster Linie als "femdenfeindlich" auftreten, werden auch "einheimische" Antifaschisten Opfer ihrer Angriffe. Menschen, die in Deutschland von ihnen ermordet wurden, waren mehrheitlich Deutsche.

Eine der wichtigsten Funktionen, die sie heute erfüllen, ist von den wahren Verantwortlichen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen abzulenken und den gemeinsamen Kampf von Migranten und Deutschen dagegen zu schwächen. Die Änderungen bei der Migrationspolitik, die die Bundesregierungen im Einklang mit internationalen Entwicklungen durchgesetzt haben, schaffen die Grundlage für das Erstarken rassistisch-faschistischer Organisationen. Forderungen, die vor Jahrzehnten nur von Parteien wie der NPD usw. gestellt wurden, finden sich inzwischen in Regierungsprogrammen wieder.

DIDF begreift den Rassismus in erster Linie als arbeiterfeindlich und im Dienste kapitalistischer Herrschaftsinteressen. Wir führen aber auch den Kampf gegen türkischen Rassismus und Nationalismus, der zur Verbreitung von Vorurteilen gegenüber der deutschen Gesellschaft dient.

DIDF unterstützt die diesbezüglichen Forderungen aller demokratischen Organisationen:

- Verbot aller rassistisch-faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda! Einstellung aller Finanzhilfen an sie! Konfiszierung ihrer Vermögen!
- Erweiterung und konsequente Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien!

## **Gegen Kriege und Aufrüstung!**

Anfang der 90er Jahre riefen die imperialistischen Mächte die "Neue Weltordnung" aus, die angeblich Wohlstand und Frieden für alle bringen sollte. Gleichzeitig starteten sie ein neues Wettrennen. Die von den USA angeführten Imperialisten wollten für sich neue Bodenschätze, Märkte und Energiekoridore erschließen. Für dieses Ziel zettelten sie neue Kriege an und besetzten Länder. Im Namen der "Demokratie und Menschenrechte" oder unter dem Vorwand der Bekämpfung des "islamistischen Terrorismus" werden diese Kriege auch heute weitergeführt.

DIDF setzt sich entschieden gegen imperialistische Kriege, Besetzungen und Plünderungen und solidarisiert sich mit den Bevölkerungen der besetzten Länder.

Wir unterstützen die Friedensbewegung und fordern mit ihnen zusammen

- das Ende der Aufrüstung,
- den Rückzug der Bundeswehr und aller imperialistischen Truppen aus den Kriegsregionen und
- die Auflösung von NATO und anderen Kriegs Bündnissen.



## Schluß mit der Zerstörung der Umwelt!

Imperialistische Staaten und das Großkapital nimmt für die Maximierung ihrer Gewinne die Zerstörung der Natur in Kauf. Die ABC-Waffen gefährden unsere Welt genauso wie die an Gewinn orientierte Energie- und Industrieproduktion. Der Klimawandel und viele Naturkatastrophen sind darauf zurückzuführen.

Unseres Erachtens ist der Natur- und Klimaschutz nicht vordergründig eine technische Frage, sondern Gegenstand politischen und gesellschaftlichen Engagements. Um den kommenden Generationen eine lebenswerte Welt überlassen zu können, unterstützt die DIFD die Arbeit von Umweltverbänden und Initiativen.

- AKWs abschalten!
- Förderung erneuerbarer Energien!
- Verstaatlichung der Energiekonzerne!
- Sanktionen für Unternehmen, die die Natur zerstören!





## Türkische Regierungen und Migranten

Auch 50 Jahre nach der Unterzeichnung des Anwerbeabkommens sind türkische Regierungen weit davon entfernt, Lösungen für die Probleme der türkischen Migranten entwickeln, die mit ihren sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Verbindungen zum Herkunftsland zusammenhängen. Für die Regierungen waren die Migranten der ersten Generation eine wichtige Quelle für wertvolle Devisen. Die nachfolgenden Generationen sollen diese Funktion ebenfalls weiter erfüllen. Sie förderten Investitionen türkischer Migranten in der Türkei, die mit großen finanziellen Verlusten endeten. Die türkische Zentralbank war ebenso wie die so genannten islamischen Holdings ein Mittel zum Raub der Ersparnisse der Migranten. Statt Lösung reihen sich von Jahr zu Jahr immense wirtschaftliche und politische Lasten auf den Schultern der hier lebenden Türkeistämmigen.

Die DIDF fordert daher:

- Freistellung aller vom Militärdienst, die ihren Lebensmittelpunkt im Ausland haben!
- Reduzierung der Bearbeitungsgebühren und Einstellung von mehr Personal bei türkischen Konsulaten.
- Die Konsulate dürfen nicht länger politische Zentren sein, von denen aus Kampagnen organisiert werden.
- Die Versuche, türkische Parlamentswahlen ins Ausland zu verlagern, müssen sofort beendet werden.
- Die Migranten, die von Banken oder islamischen Holdings geprellt wurden, müssen entschädigt werden.

## Eine demokratische Türkei ist auch unser Wunsch!

Auch wenn türkische Migranten Deutschland längst zu ihrem Lebensmittelpunkt gewählt haben, pflegen sie selbstverständlich ihre vielfältigen Verbindungen zum Herkunftsland. Sie verfolgen die Entwicklungen dort und teilen die Freude und Trauer ihrer zurückgelassenen Verwandtschaft. DİF unterstützt seit ihrer Gründung die progressive Demokratie- und Gewerkschaftsbewegung in der Türkei und solidarisiert sich mit all den Kräften, die sich für menschenwürdige Arbeit, für ein demokratisches Bildungssystem und Gleichberechtigung, für eine demokratische Verfassung, für die friedliche Lösung der kurdischen Frage, für den Ausbau der Arbeiterrechte und die Beseitigung der sozialen Ungleichheit einsetzen.

## Kultur verbindet!

Kultur ist kein geschlossenes Gebilde, sondern ist offen, dynamisch und voller Veränderungen. Kultur stärkt das gegenseitige Verständnis und überwindet Grenzen. Kultur umfasst die gesamte Lebensweise des Menschen. Die kulturelle Lebensweise ist nicht nur abhängig von der ethnischen oder nationalen Herkunft.

Gemäß diesem Ansatz stellt sie sich der Förderung nach der Anerkennung der "deutschen Leitkultur" entschieden entgegen. Sie stellt sich aber auch nationalistischen Kreisen entgegen, die von den türkischen Migranten die "Reinhaltung ihrer kulturellen türkischen Identität" fordern. Unsere kulturellen Veranstaltungen





verstehen wir daher auch als Gegengewicht zu Bestrebungen, Kultur für nationalistische Zwecke zu mißbrauchen. Wir versuchen die Möglichkeiten für Aktivitäten zu erweitern, und die fortschrittlichen Elemente beider Kulturen zusammenzubringen. Zu diesem Zweck unterstützen wir die Arbeit von Künstlern mit Migrationshintergrund, bieten ihnen Foren und veranstalten bundesweit und in den lokalen Mitgliedervereinen eine Vielzahl von Kulturangeboten.

## **DIDF und die türkischen Migrantinnen**

Die DIDF setzt sich für die Gleichberechtigung von Frauen und Migrantinnen ein. Sie wehrt sich gegen Diskriminierung und "Traditionen", die Frauen eine untergeordnete Rolle zuweisen. Sie stellt sich den Bestrebungen entgegen, Migrantinnen für ausgrenzende Integrationsdebatten und Verschärfungen im Zuwanderungsgesetz zu instrumentalisieren. Die Frauengruppen





in unseren Mitgliedsvereinen engagieren sich gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Frauenverbänden für die Beseitigung bestehender Diskriminierungen in der Beschäftigung und Bildung ein und organisieren Aufklärungsveranstaltungen zu Themen wie "Lohngleichheit" oder "Mindestlohn" durch.

### Für die Gleichberechtigung der Frauen und Migrantinnen fordert DİDF:

- Beseitigung der Diskriminierung von Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und Abschaffung diskriminierender Regelungen im Zuwanderungsrecht!
- Eigenständiges und vom Ehepartner unabhängiges Aufenthalts- und Arbeitsrecht für Migrantinnen!
- Kostenlose Sprachkurse für Migrantinnen!
- Chancengleichheit und gleiches Geld für gleiche Arbeit!
- Förderung der Beschäftigung von Frauen und Ausbau von Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung!



## **Die Jugend ist unsere Zukunft!**

Die Jugend gehört zu den Hauptleidtragenden von Arbeitslosigkeit, Bildungsnot und Sozialabbau. Die Jugendarbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich hoch; die Zahl der Bildungsabgänger ohne Abschluß oder Ausbildungsplatz steigt immer weiter.

Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund, die zum großen Teil in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, haben mit diesen Problemen ebenso zu kämpfen wie mit den diskriminierenden und stigmatisierenden Regelungen und Debatten. Sie werden als "Gewaltbereite" kriminalisiert und zu Verantwortlichen ihrer eigenen Situation erklärt. Tatsächlich bringen sie jedoch bessere Voraussetzungen für das Zusammenleben mit als die Vorgängergenerationen. Unsere Föderation ist der Überzeugung,



dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Lage sind an der Gestaltung einer besseren Zukunft mitzuwirken. Deshalb unterstützen wir unseren Jugendverband bei seinem Engagement.

Die DIDF-Jugend organisiert in Eigenregie und gemeinsam mit anderen Jugendverbänden Aktionen für bessere Arbeits-, Ausbildungs- und Bildungsbedingungen. Sie agieren dabei nach dem Motto "Weder deutscher Rassismus, noch türkischer Nationalismus" und versuchen in erster Linie die türkischen Jugendlichen für gemeinsame Proteste und Aktionen zu gewinnen. Jugendverbände von Gewerkschaften und Parteien gehören dabei zu ihren Hauptkooperationspartnern. Ob Bildungsstreiks oder Kampagnen der Gewerkschaftsjugend für das "Grundrecht auf Ausbildung", ob Jugendmusikfestivals oder Fußballturniere, ihre Arbeitsfelder sind vielfältig. Auch die jährlichen Jugendcamps in den Schulferien, die von DIDF-Jugend organisiert werden, sind wichtige Anziehungspunkt für Jugendliche unterschiedlicher Herkunft und bieten Gelegenheit für das Zusammenkommen mit Vertretern anderer Jugendorganisationen, Künstlern oder Politikern.



